

**Bezugspreise**  
Für Halle monatlich bei zweimonatlicher  
Zahlung 3,00 Mark, vierteljährlich  
8,00 Mark, durch die Post 7,50 Mark  
zusätzl. Zustellungsgebühr. Be-  
stellungen werden von allen Reichs-  
postämtern angenommen. Im  
amerik. Zeitungserzeichnis unter  
Coole-Zeitung eingetragen. Für  
unverändl. eingegangene Manu-  
skripte und keine Gewähr über-  
nommen. Nachdruck nur mit der  
Quellenangabe „Coole-Zeitung“ ge-  
statet. Ferner der Schriftleitung Nr.  
1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1142  
u. 7411, der Besage-Abt. Nr. 1135.

# Coole-Zeitung

Zweidritteljahriger Jahrgang.

**Anzeigenpreise**  
Die 4 Spalten 24 mm breite  
Millimeterzeile oder deren Raum  
30 Pf. und Zeilen von 22 mm  
breite Millimeterzeile 50 Pf. An-  
zeigen nehmen an untere Ge-  
schäftsstellen u. für nicht anzei-  
genfähige. Erfüllungsort: Halle.  
Erchein täglich 2 mal, Son-  
tags und Montags 1 mal.  
Schriftleitung und Haupt-Ge-  
schäftsstelle: Halle, Neue Prome-  
nade 10. Dr. Draupausch, 17.  
Leben-GeGeschäftsstellen: Groß-  
Ulrichstraße 32 und Markt 24.  
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4009.

Nr. 84.

Halle, Donnerstag, den 19. Februar 1920.

Einzelpreis 15 Pfg.

## Vorläufig 200000 Mann Heeresstärke.

### Die Stärke des deutschen Heeres.

WTB. Rotterdam, 19. Februar. Wie der „Nieuwe Rotterdam Courant“ aus London vom 18. Febr. meldet, hat Lord George als Vorsitzender des Obersten Rates einen Brief an den deutschen Gesundheitsminister Stamer in London geschrieben, in dem er schreibt:  
Der Vorsitzende der Kontrollmission in Berlin, habe die Aufmerksamkeit des Obersten Rates auf die Schwierigkeiten gelenkt, denen die deutsche Regierung gegenüber stehen werde, wenn die Verbündeten auf der genauen Ausfüllung von Artikel 180 des Versailles Vertrages bestehen würden, in dem bestimmt wurde, daß spätestens am 31. März 1920 die Gesamtstärke des deutschen Heeres nicht größer als 100 000 Mann sein darf. Der Brief Lord Georges sagt, daß man bei der Aufstellung dieses Artikels von der Voraussetzung ausgegangen war, daß der Vertrag von Versailles voll selber in Kraft treten werde. Der Oberste Rat hat beschlossen zu gestalten, daß die deutschen Streitkräfte am 10. April 1920 auf 200 000 Mann herabgesetzt werden, das heißt drei Monate nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages und auf 100 000 Mann am 10. Juli 1920.

### Die Abbüderung der schwebenden Schuld.

Berlin, 19. Febr. (Eigene Drahtnachricht) Die Beratungen über die Abbüderung der schwebenden Schuld, die gestern im Reichskanzlerministerium begannen und heute fortgesetzt werden, haben zu keinem bestimmten Beschluß geführt. Die Unterkommission der Valutakommission haben in den gestrigen Besprechungen die Abbüderung der schwebenden Schuld noch nicht eindeutig machen können. Außer mit der Frage der schwebenden Schuld beschäftigen sich die Unterkommissionen gestern auch mit der Möglichkeit, die Unterkommissionen der Valutakommission in Artikel 235 des Friedensvertrages übernommen worden sind. Dieser Artikel besagt, daß Deutschland an Frankreich auf seine Wiederaufmachungsanleihe 20 Milliarden Mark in Gold zu zahlen habe, aus welcher Summe zunächst die Kosten für die Beschaffung und Entsendung dem Waffenstillstandsverträge bestritten werden. Heute vormittag hat nun die Valutakommission, deren Unterkommission gestern unter dem Vorsitz des Reichskanzlers abgehalten wurde, eine Beschlüsse abgefaßt, in der die beiden wichtigsten Punkte der Verhandlungen erörtert wurden. Es handelte sich dabei um finanzielle Probleme und die Durchführung der Vereinfachung der Eisenbahnen.

### Reichskanzler Bauer wieder in Berlin.

Berlin, 19. Februar. (Eigene Drahtnachricht) Reichskanzler Bauer ist, wie dem „Völkischer Anzeiger“ berichtet wird, in Berlin wieder eingetroffen. Er nahm an der gestrigen Konferenz teil, in der man sich mit der Frage im Zusammenhang mit dem Blane, den admetus festzulegen, beschäftigte, was einzuführen, beschlossene. Die Verhandlungen mit den Kohlenbergwerken werden noch fortgesetzt.

### Französische Anleihe in London.

WTB. London, 18. Februar. Savas. Unterhaus. Der Schatzkanzler hat mitgeteilt, daß die englische Regierung der Ausgabe einer französischen Anleihe in London zugestimmt hat. Die Anleihe ist ausschließlich für die Zwecke in England bestimmt. Der Schatzkanzler bemerkte noch, daß es ihm keineswegs um einen Vorstoß der englischen Regierung in die französische Regierung handelt.

### Der Kampf um die Gestaltung der Türkei.

WTB. London, 18. Februar. Unterhaus. Ueber den türkischen Friedensvertrag und die Rollefrage in der Türkei wurden zahlreiche Anfragen an die Regierung gestellt. Der Schatzkanzler hat die Antworten gegeben, die zum Zweck dienen sollen, die türkischen Angelegenheiten zu klären. In der Türkei sind die Verhandlungen über die Gestaltung der Türkei im Gange. Die Konferenz beabsichtigt, Konstantinopel nach den Türlen zu überfallen, aber wenn die Mächte nicht auftrieten, würde die Entscheidung der Konferenz wahrscheinlich zum Nachteil der Türkei abgeändert werden.

### Englische Flottenrüstungen.

WTB. Rotterdam, 19. Februar. Zwei „Nieuwe Rotterdam Courant“ meldet „Daily Chronicle“, daß England in kurzen keine Schlachtschiffe mit 30,5 Zentimeter-Geschützen mehr bauen wird. Die neuen Schlachtschiffe werden Geschütze von 34,3 und 40,84 Zentimeter und mindestens noch schwererem Kaliber führen. Die Schlachtschiffe mit

schwächeren Geschützen sollen ausgerüstet werden, darunter befinden sich vermutlich neun Dreadnoughts, die verkauft werden sollen.

### Vaterländische Kundgebungen in Saarbrücken.

Wie die „P. A. N.“ melden, trat die deutsche Delegation zur Grenzregulierung unerwartet am 14. Februar in Saarbrücken ein. Als die Delegation unter Führung des bairischen Oberstenleutnants von Kandler nach dem Hotel fuhr, sammelte sich eine nach Hunderten zählende Menschenmenge, die nach und nach auf Jehntausende anwuchs. Den Offizieren wurden aus allen Kreisen der Bevölkerung Blumensträuße überreicht, die Menge sang ununterbrochen nationalpatriotische Lieder. In den folgenden Tagen wiederholten sich diese Kundgebungen, zu denen eine gewaltige Volksmenge aus dem ganzen Saargebiet nach Saarbrücken zusammenströmte.

### Reibungen zwischen Vorkamerferenzen und Wiederaufmachungsmission.

Paris, 18. Februar. Der Präsident der Reparationsmission, Senator Jonnart, nahm seine Delegation anlässlich der Gesundheitsferien. Wie das „Journal“ behauptet, ist der wahre Grund seines Abszuges darin zu suchen, daß zwischen der Vorkamerferenzen und der Reparationsmission schwere Widersprüche bestehen. Außerdem machen die englischen und amerikanischen Delegierten den französischen Delegierten solche Schwierigkeiten, daß ein Zusammenarbeiten unmöglich ist. Die Vorkamerferenzen wurde zunächst dem letzten französischen Minister Kadiou angeboten, der aber absahnte. Der „Matin“ führt vor, Bonicard zum Präsidenten der Reparationsmission zu ernennen, andererseits verlangt, daß der Generalsekretär der Friedensgesellschaft Dana zu dem Nachfolger Jonnarts ernannt werden soll.

### Zur Vorgeschichte des Umkwins der Entente.

Halle, 18. Februar. Der Berliner Korrespondent der „Völkischer Anzeiger“ erzählt aus diplomatischen Kreisen, daß die Wahrscheinlichkeit der Entente nicht allein durch jene Berichte bewirkt wurde, die von der englischen Militärmission in Berlin nach London gelangt worden sind, sondern auch durch einen sehr energiegelassen Schritt der Vereinigten Staaten von Amerika. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat nämlich der Friedenskonferenz in London gleichzeitig mit der Note über die Auslieferung von Gas an eine Note über die darauf hinweisende wurde, daß es dringend notwendig sei, Sorge zu tragen, daß in Deutschland die innerpolitischen Verhältnisse sich nicht weiter verschlechtern. Die amerikanische Note enthielt Klipp und Klar die Drohung, daß Amerika sich nach den europäischen Angelegenheiten zurückziehen werde, falls die Entente nicht geneigt wäre, nachzugeben.

### Eine Rede Volpoues.

Halle, 19. Februar. (Eig. Drahtnachricht) In einer Rede, die Volpoues im englischen Unterhaus zum Jahresbericht der Entente hielt, sagte er u. a.: Durch die völlige Unmöglichkeit Deutschlands über die Weltkriege, die es auf Grund der Entschuldigungsansprüche aufbringen hat, ist der größte Verlust der deutschen Finanzen eingetreten, der alle Schätzungen, die nach ihm möglich erschienen, darunter auch das belarzte 100 Milliarden-Goldmark-Angebot unterer Gegenwärtigkeit völlig nutzlos gemacht hat. Im Interesse unserer Kreditwürdigkeit wäre es wünschenswert, daß Deutschland bestimmte Vorläufe machte, die natürlich auch nur seiner gegenwärtigen Lage entsprechen, aber doch eine bestimmte Unterlage für den Wiederaufbau geben könnten. Es ist anzunehmen, daß das Ausland die von einem Volkswirtschaftler entwerfete Forderung von 10 Milliarden Goldmark ebenfalls für überlebt hält.

### Enver-Paschas Kampf gegen Englands Herrschaft.

Wien, 18. Februar. Das „Deutsche Volksblatt“ meldet aus Rotterdam: Enver Pascha hat sein Hauptquartier der Größe von 70 000 Mann. Die sich mit der roten Armee und den ausländischen Machtmächten vereinigen und sich gegen die Herrschaft Englands wenden wollen. Er erklärte, die Welt stehe vor der größten Revolution aller Zeiten. In ganz Asien sei der Aufstand gegen England organisiert. In Anatolien und Zilizien sei er schon ausgedehnt. Sobald wäre von den Vorkamerferenzen umgingelt. Auch die Lage der Franzosen in Syrien sei schon gefährdet. Die Welt Herrschaft der Engländer werde in Asien ihr Ende finden.

### Kerenki verhaftet.

Kopenhagen, 18. Februar. „Bellinske Tidende“ veröffentlicht Meldungen über die Verhaftung von Kerenki, dem Führer der Bolschewisten, durch die Besatzung des russischen Aufstands zu verhandeln, festlich aufgenommen und zuletzt in Kaja verhaftet worden sei.

### Wilson's Unterang.

Wie dem Gerannaben der Präsidentenwahl in Amerika scheint sich ein Schicksal zu vollenden, das tragisch wäre, wenn es eine härtere Persönlichkeit trafe. Ein Rufum wird erklagen: des Präsidenten Wilson. Denn heute wenigstens scheint es, als solle Wilson nicht nur vom höchsten Amt Abschied nehmen, an dem er ohnehin nicht festhalten wollte, sondern auch die geschäftliche Weltung, die früher selbst seine Begüter ihm zubilligen, verlieren.

Von allen Seiten ist das Unwetter gegen den Präsidenten herangezogen. Bei seiner Anwesenheit in Paris hat er Niederlagen erlebt, die den Kampf, wenn auch nicht ohne Einseitigkeit beobachtenden Konkretezeitnehmer keines veranlassen, Wilson als einen von Lord George gebührenden „Don Quixote“ zu schildern. In den Vereinigten Staaten selbst lammeten sich unterdessen die Unzufriedenen, deren Stimme die Führer der republikanischen Senatsmehrheit waren. Friedensvertrag und Völkerbund wurden abgelehnt, der Kampf um die Vorbehalte, durch die Straftat des Präsidenten mit oder ohne Absicht des Erkrankten unterbrochen, zog sich ins Endlose. Amerika, in diesem Fall schon nicht mehr durch den Präsidenten vertreten, gab Europa finanziell, wirtschaftlich und politisch preis, ohne doch grundsätzlich auf sein Existenzrecht in die Neuordnung der alten Welt zu verzichten. Der Senatsverwandter verhinderte, daß Amerika etwas tat, den Anspruch des Präsidenten verhinderte, daß sonst etwas geschah. Große Länder, über die das Mandat den Vereinigten Staaten Folge war, verhielten sich wie unerschrockene. Wilson hat bei den Opfern des Zwischensandes, ärgerliche Ungeduld in Amerika selbst. Niemand wußte, woran er mit der großen Republik des Westens war. Lord Grey reifte nach Amerika und verließ es wieder, ohne den Präsidenten auch nur gesehen zu haben. Die Italiener forderten umsonst eine Lösung der Adriafragen. Lieben es fast auf einen Krieg mit Jugoslawien ankommen und werden lieb lost. Die Mehrheit der amerikanischen Gegner Wilsons ist geneigt, ihnen Recht zu geben. Was soll man mit einem Präsidenten anfangen, der genaugenug zu sein glaubt, um sich jede Entscheidung vorzuzubehalten, und doch zu krank, um irgendeine Wirkung zu treffen? Vanling ist, nach Oberk Houle, in Feindschaft von Wilson gegangen. Es ist schon so weit, daß die republikanischen Senatoren ernstlich darüber beraten, ob es nicht möglich sei, den Präsidenten für amtsunfähig zu erklären und ihm einen vorläufigen Nachfolger zu geben. Und alle Welt ist einzig in dem Zustand gegen den starbötigen „Diktator“.

In jeder allgemeinen Verurteilung eines einseitigen feierlichen Mannes ist gewiß viel Vorurteil und sogar viel Unfair; es ist auch viel vom Schicksal fast aller in der Kriegszeit führenden Persönlichkeiten darin. Man läßt den Präsidenten Wilson über, daß der Krieg ihn hochhob, und daß um seine von Widerschein des Weltbrandes allzu hell beleuchtete Gestalt unerfüllbare Hoffnungen flatterten. Aber ist es nicht auch den anderen halb unheimlichen „Diktatoren“ geschehen? Selbst Clemenceau hat die Wirkungen nachlassender Geschäftsspannung in seiner Heimat erfahren müssen. Fast alles, was den Vätern als der Sinn des Krieges galt, ist durch die Ereignisse widerlegt, oder fragwürdig geworden, neue, während des Kampfes kaum andere Möglichkeiten und Probleme drängen heran. Mit den Zielgebühren und Aufgaben der Kriegszeit verlieren auch ihre Träger an Geltung; sie erlöschen den entscheidenden Völkern als starkpöngige Zwangs Herren, wenn nicht als Betrüger.

Wilson hat schon vor dem Krieg gezeigt, daß seine Tätigkeit hinter seinen Gedanken zurückblieb, daß sein Willkür war stark, aber in dem Maße seiner Erprobtheit erschreckend war. Dennoch ist ihm die Mehrheit des amerikanischen Volkes zuerst in die Neutralitätspolitik und dann in den Krieg mit begeistertem Glauben gegeben. Nachdrücklich ließen ihm die Amerikaner, deren Bundesgenossen zu grübelig geglaubt hatten, die europäischen Verbündeten denen die wirtschaftliche Übermacht Amerikas drückend wurde, und die Besiegten, die Hilfe von Wilson erhofft hatten, den Präsidenten ihre Unterstützung entgegen.

Es begreift dies aber ist, so wollen wir doch nicht verzeihen, daß Wilson seinen Rang in dem längsten Abschnitt der Menschheitsgeschichte nicht lediglich der Nachstellung des Landes verbandt, dessen Führer er war. Gedanken, die, ob durch die Umwidlung bestätigt oder

